

zeitung gegen den krieg

Nr. 59 Frühjahr 2025

Einen dauerhaften Frieden in der Ukraine aushandeln

Jürgen Wagner	Weichen auf Kriegswirtschaft	Seite 2
David Swanson	Frieden in Zeiten von Trump	Seite 4
Anuradha Cheno	Krieg & Frieden im Indopazifik	Seite 5
Ralf Becker & Reiner Braun	Strategien und Aktivitäten	Seite 6
Torsten Schleipp	Wehrpflicht für Alle?	Seite 8



Jeffrey D. Sachs

Die Zeit ist reif für Diplomatie

Es sollten wenig Zweifel daran bestehen, wie ein dauerhafter Frieden in der Ukraine erreicht werden kann. Im April 2022 standen Russland und die Ukraine kurz vor der Unterzeichnung eines Friedensabkommens in Istanbul, wobei die türkische Regierung als Vermittler fungierte.

Die USA und Großbritannien haben der Ukraine die Unterzeichnung des Abkommens ausgedrückt, und seitdem sind Hunderttausende von Ukrainern gestorben oder schwer verletzt worden. Der Rahmen des Istanbul-Prozesses bildet jedoch auch heute noch die Grundlage für den Frieden.

Der Entwurf des Friedensabkommens bot einen vernünftigen und unkomplizierten Weg zur Beendigung des Konflikts. Es stimmt, dass die Ukraine drei Jahre nach dem Abbruch der Verhandlungen, in denen sie große Verluste erlitten hat, am Ende mehr Territorium abtreten wird, als es im April 2022 der Fall gewesen wäre - aber sie wird das Wesentliche gewinnen: Souveränität, internationale Sicherheitsvereinbarungen und Frieden.

Zurück zu Istanbul-Vertragsentwurf 2022

Bei den Verhandlungen im Jahr 2022 wurden die dauerhafte Neutralität der Ukraine und internationale Sicherheitsgarantien für die Ukraine vereinbart. Über die endgültige Aufteilung der umstrittenen Gebiete sollte im Laufe der Zeit auf der Grundlage von Verhandlungen zwischen den Parteien entschieden werden, in deren Verlauf sich beide Seiten verpflichteten, auf die Anwendung von Gewalt zur Veränderung der Grenzen zu verzichten. Angesichts der derzeitigen Gegebenheiten wird die Ukraine die Krim und Teile der Süd- und Ostukraine abtreten, was den Ergebnissen der Kämpfe der letzten drei Jahre entspricht.

Ein solches Abkommen kann fast sofort unterzeichnet werden, und es ist wahrscheinlich, dass dieses in den kommenden Monaten erfolgen wird. Da die USA den Krieg, in dem die Ukraine noch mehr Opfer, Zerstörungen und Gebietsverluste erleiden würde, nicht länger mittragen wollen, erkennt Zelensky, dass es an der Zeit ist, zu verhandeln.

Die im April 2022 anstehenden Fragen betrafen die Einzelheiten der Sicherheitsga-

rantien für die Ukraine und die geänderten Grenzen zwischen der Ukraine und Russland. Die wichtigste Frage in Bezug auf die Garantien betraf die Rolle Russlands als Mitunterzeichner des Abkommens. Die Ukraine bestand darauf, dass die westlichen Mitgaranten in der Lage sein sollten, mit oder ohne die Zustimmung Russlands zu handeln, um Russland kein Vetorecht in Bezug auf die Sicherheit der Ukraine einzuräumen. Russland wollte eine Situation vermeiden, in der die Ukraine und ihre westlichen Mitgaranten das Abkommen manipulieren würden, um erneute Gewalt gegen Russland zu rechtfertigen. Beide Seiten haben Recht.

Die beste Lösung besteht meines Erachtens darin, die Sicherheitsgarantien der Autorität des UN-Sicherheitsrats zu unterstellen. Das bedeutet, dass die USA, China, Russland, Großbritannien und Frankreich zusammen mit dem Rest des UN-Sicherheitsrats als Mitgaranten auftreten würden. Damit würden die Sicherheitsgarantien einer weltweiten Prüfung unterzogen. Ja, Russland könnte gegen eine spätere Resolution des UN-Sicherheitsrats zur Ukraine ein Veto einlegen, aber es würde sich dann der Missbilligung Chinas und der Weltöffentlichkeit aussetzen, wenn Russland willkürlich gegen den Willen der übrigen UN handeln würde.

Von 2014 bis 2022: Verweigerung

Was die endgültige Festlegung der Grenzen betrifft, so sind einige Hintergrundinformationen sehr wichtig. Vor dem gewaltsamen Sturz des ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch im Februar 2014 hat Russland keine territorialen Forderungen an die Ukraine gestellt. Janukowitsch befürwortete die Neutralität der Ukraine, lehnte eine NATO-Mitgliedschaft ab und handelte mit Russland friedlich einen 20-jährigen Pachtvertrag für den russischen Marinestützpunkt in Sewastopol auf der Krim aus, der seit 1783 Sitz der russischen Schwarzmeerflotte ist. Nach dem Sturz Janukowitschs und seiner Ersetzung durch eine von den USA unterstützte, NATO-freundliche Regierung hat Russland die Krim rasch zurückerobert, um zu verhindern, dass der Marinestützpunkt in die Hände der NATO fällt. In den Jahren 2014 bis 2021 drängte Russland nicht auf die Annexion anderer ukrainischer Gebiete. Russland forderte die politische Autonomie der ethnisch russischen Regionen in der Ostukraine (Donetsk und Luhansk), die sich unmittelbar nach dem Sturz Janukowitschs von Kiew gelöst hatten.

Fortsetzung auf Seite 2

Militärausgaben – die Lawine unserer Zeit

Michael Müller

Am 8. Mai 1945 hieß der Schwur der Menschen „Nie wieder Krieg!“. Doch die unheilvolle Geschichte des letzten Jahrhunderts scheint vergessen zu sein, die blutigen Verbrechen und das mörderische Unheil der Kriege werden verdrängt. Die Friedens- und Entspannungspolitik zählt nicht mehr. Deutschland zieht die Rüstung an. Stärker noch als in den Zeiten des Kalten Krieges wird die Angst vor Russland geschürt. Die Vielzahl der „Sicherheitsexperten“, die nur die militärische Antwort kennen, blasen gemeinsam ins Horn: Deutschland aufrüsten! Die Masala, Major, Mögeling oder Neitzel begründen das mit „Deutschland müsse erwachsen werden!“. Seit dem Manifest „Neue Macht – Neue Verantwortung“ für die Kehrtwende aus dem Jahr 2013 steht nicht mehr die Bewahrung des Friedens durch die Diplomatie im Zentrum der deutschen Politik, sondern die „Ertüchtigung“ der Bundeswehr. Deutschland müsse „kriegstüchtig“ werden.

Aber auch 80 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist der Dämon Krieg nicht besiegt. Mit dem russischen Krieg gegen die Ukraine ist er auch in Europa in aller Härte zurückgekehrt. Doch in den letzten drei Jahren haben die EU-Staaten nicht einen ernsthaften Friedensplan vorgelegt, sondern kannten als Antwort nur Waffenlieferungen. Das wird jetzt in Deutschland mit Schwindel erregenden Summen auf die Spitze getrieben, dabei geben Deutschland und Frankreich allein mehr für das Militär als der gesamte russische Staatshaushalt. Aber die Rüstungsunternehmen lassen die Korken knallen.

Was für eine Kurzsichtigkeit, die Erich Kästner eindrucksvoll beschrieben hat:

„Man darf nicht warten, bis aus dem Schneeball eine Lawine geworden ist. Man muss den rollenden Schneeball zertreten. Die Lawine hält nämlich keiner mehr auf!“

Deshalb demonstrieren wir, deshalb sammeln wir Unterstützung für den Berliner Appell, deshalb wehren wir uns gegen die Rückkehr des Bellizismus. Die Aufrüstung muss gestoppt werden. Die zusammengewachsene und störanfällige Gesellschaft braucht eine gemeinsame Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Wir müssen Kriege stoppen und verhindern, statt neue Gründe für die Militarisierung der Welt zu schaffen.

Michael Müller ist Bundesvorsitzender der NaturFreunde Deutschland e.V.

Deutschland:

Weichen auf Kriegswirtschaft

Jürgen Wagner

Mit den aktuellen und noch mehr den künftigen Milliarden, die in die Rüstung gepumpt werden, gehen gravierende Veränderungen der deutschen Industrielandschaft einher. Denn die lautstarken Klagen aus den Reihen der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (SVI), dass die US-Konkurrenz einen großen Teil der hiesigen Gelder abgreift, sind zwar etwas übertrieben, völlig aus der Luft gegriffen sind sie allerdings

Editorial

In diesen dramatischen Zeiten, gekennzeichnet einerseits durch eine ungeheure und einmalige Aufrüstungswelle und andererseits durch das zarte Pflänzchen eines möglichen Friedensprozesses in der Ukraine haben wir diese Zeitung für den Ostermarsch 2025 erstellt. Obwohl sich die Ereignisse überschlagen, gehen wir davon aus, dass unsere Autorenbeiträge auch zumindest in den nächsten Wochen nach Redaktionsschluss (21.3.) ihre Aktualität behalten werden. Wir haben uns bemüht, die verschiedenen Aspekte des Ringens um den Frieden und der Aktionen gegen einen möglichen Krieg argumentativ darzustellen.

Bleibt unsere Bitte, an alle Leserinnen und Leser: es ist die Zeit, sich gegen eine Hochrüstung, die nicht nur den Sozialabbau dramatisch verschärfen wird, sondern die Kriegsvorbereitung in Europa auf eine neue Stufe hebt, zu wehren. Protestiert und mischt euch ein. Beteiligt euch aktiv an den Ostermärschen 2025.

Die Redaktion.

nicht. Aktuell hätten die deutschen Unternehmen aber überhaupt nicht die Produktionskapazitäten, um den Großteil der umherirrenden Gelder zu absorbieren – das soll sich aber möglichst bald ändern.

Auf oberster Ebene veröffentlichte die Ampel-Regierung im Dezember 2024 eine auch von der Union begrüßte Nationale Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie, die der Rüstungsindustrie den roten Teppich ausrollt. Sie sieht u.a. den „Abbau insbesondere von planungs- und genehmigungsrechtlichen sowie bürokratischen Auflagen“ vor. Auch „Voraus-Bestellungen“ und „feste Abnahmegarantien gegenüber der Industrie“ sowie „die Möglichkeit von Kapazitätsvorhalteprämien“ soll es geben. In „strategischen Fällen“ sei es zudem für die Bundesregierung geboten, sich „an Unternehmen der SVI zu beteiligen.“

Verkehrte Industriekonversion: von zivil auf militärisch

Der staatliche Einstieg bei vom Verkauf „bedrohten“ deutschen Rüstungsunternehmen, wie er zum Beispiel bereits 2021 bei Hensoldt erfolgte und für Thyssenkrupp Marine Systems erwogen wird, ist ein wesentliches Mittel um Produktionskapazitäten und -kompetenzen im Land zu halten. Ein Weg, sich neue Werkstätten zu erschließen,



stellt die staatliche Übernahme vormals ziviler Produktionsorte dar, wie etwa beim Kauf von Teilen der MV Werftengruppe (Rostock-Warnemünde). Ein anderer Standort der MV Werftengruppe (Wismar) wurde direkt von TKMS gekauft, das dort künftig u.a. das U-Boot 212CD bauen will. Rheinmetall plant wiederum zwei seiner bislang für Automobilteile, bestimmte Werke für den Bau von Waffen und Munition buchstäblich umzurüsten.

Spektakulär ist auch das Beispiel Görlitz, wo das dortige Werk des Waggonherstellers Alstom vom

Panzerbauer KNDS ebenso übernommen werden soll, wie Teile des Personals. Apropos Personal: Wiederum Rheinmetall ging im Sommer 2024 eine Kooperation mit Continental ein, in deren Zuge mindestens 100 Mitarbeitende vom Reifenhersteller zum Panzerproduzenten wechseln sollen. Auch der Radar- und Sensorspe-

zialist Hensoldt will in Wetzlar bis zu 200 Mitarbeitende von Continental und Robert Bosch übernehmen.

Manche Unternehmen entdecken die Rüstungsbranche jetzt erst für sich, wie etwa der Laserkonzern Trumpf, der in seiner 102-jährigen Unternehmensgeschichte mit Rüstung bislang nichts am Hut hatte. Mitte Februar zitierte die Presse nun aber einen Firmensprecher, der etwas von einer „verteidigungspolitischen Verantwortung von Trumpf“ faselte.

BIP-Wachstumseffekt: minimal

Die Liste ließe sich wohl beliebig fortsetzen, soviel sollte aber hier schon klar geworden sein: Die deutsche Industrielandschaft verändert sich. Das arbeitgebernahe Institut für Weltwirtschaft Kiel präsentierte

deshalb Mitte Februar 2025 die Studie „Waffen und Wachstum“ mit der Kernbotschaft, dies sei ein Segen für die gesamte Wirtschaft. Aus der Pressemitteilung: „Ein neuer Report des IfW Kiel zeigt, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 0,9 bis 1,5 Prozent im Jahr steigen könnte, wenn die EU-Staaten in dem entsprechenden Jahr ihre Militärausgaben vom NATO-Ziel von 2 Prozent auf 3,5 Prozent des BIP anheben und von überwiegend US-amerikanischen auf heimische Hightech-Waffen umsteigen würden. [...] Europas Regierungen sollten daher mehr Schulden aufnehmen.“

Es ist unstrittig, dass es zu einem kurzfristigen BIP-Anstieg kommt, wenn per Schulden riesige Beträge in die Wirtschaft gepumpt werden. Erwähnenswert wäre aber das nicht unwesentliche Detail, dass eigentlich alle bisherigen Studien hierzu besagen, dass die Effekte – sowohl auf das Wirtschaftswachstum als auch auf die Zahl der Arbeitsplätze – in jedem anderen Sektor höher sind als in der Rüstung.

Anstatt besagte Studien könnte man aber auch einfach die ansonsten gerade gern zitierten Rüstungs-hardliner Christian Mölling (Bertelsmann) und Torben Schütz (DGAP) heranziehen. Bei capital.de schrieben sie bereits voriges Jahr: „Aufrüstung ist teuer und unpopulär – daher verfallen einige Politiker auf eine neue Idee: Die Rüstungsmilliarden könnten eine Konjunkturspritze sein. [...] Doch unterm Strich ist die Idee des Rüstungs-Keynesianismus ein gut gemeinter Versuch, sicherheitspolitisch notwendige Investitionen über Wohlfandeffekte zu vermitteln. [...] Rüstung ist bekanntermaßen eine vergleichsweise schlechte Investition, wenn es um die Förderung der Volkswirtschaft geht. Hier bringen Investitionen in Bildung oder Infrastruktur viel höhere Effekte.“

Jürgen Wagner ist Geschäftsführer der Informationsstelle Militarisation e.V. in Tübingen

Impressum

Redaktion Reiner Braun und Karl-Heinz Peil, mit Unterstützung von Joachim Römer, Heino Berg (V.i.S.d.P.)

Die ZgK erscheint im Büro für Frieden und Soziales – BFS e.V., Michendorf.

Unterstützende Parteien, Initiativen und Organisationen Die Anstifter Stuttgart · Bundesweite AG Globalisierung und Krieg · Bremer Friedensforum · Friedensbündnis Karlsruhe · Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) · Deutscher Friedensrat e.V. · Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg · LabourNet · Sozialistische Linke Karlsruhe · Bundesausschuss Friedensratschlag · Redaktion Lunapark21 · Naturwissenschaftlerinitiativ Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit · Nordbremer Bürger gegen den Krieg · PapyRossa Verlag Köln · Rüstungs-Informationsbüro (RIB e.V.) Freiburg · Sozialistische Zeitung/SoZ Köln · DIE LINKE (Parteivorstand).

Gestaltung & Layout Joachim Römer Köln

Redaktions- & Vertriebsadressen

Postanschrift International Peace Büro – IPB · Marienstr. 19/20 · 10117 Berlin

E-Mail Hr.Braun@gmx.net

Tel. 0 30 - 12 08 45 49 (Büro IPB)

Bezugspreise Der Versand erfolgt auf Bestellung zu den folgenden Unkosten: bei Bestellungen von 1 – 99 Ex.: 45 Cent je Ex. ab 100 Ex.: 32 Cent je Ex.

Jeweils zuzüglich Porto und Verpackung. Mindestbestellmenge: 10 Exemplare.

Spenden & Konto Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG finanziert sich über Spenden und Unkostenbeiträge und durch die ehrenamtliche Arbeit von Autorinnen und Autoren. Der BFS e.V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein; Spenden sind steuerlich abzugsfähig.

Konto BFS e.V. · Mittelbrandenburgische Sparkasse IBAN DE04 1605 0000 3527 0018 66

BIC WELADED1PMB

ISSN 1611-2881

Einen dauerhaften Frieden in der Ukraine aushandeln

Fortsetzung von Seite 1

Mit dem Minsk-II-Abkommen vom Februar 2015 sollte die Autonomie mit föderalen Strukturen umgesetzt werden. Der Minsker Rahmen wurde zum Teil durch die Autonomie der deutschstämmigen Region Südtirol in Italien inspiriert. Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel kannte die Erfahrungen Südtirols und betrachtete sie als Präzedenzfall für eine ähnliche Autonomie im Donbass. Leider wehrte sich die Ukraine vehement gegen eine Autonomie für den Donbass, und die USA unterstützten die Ukraine bei der Ablehnung der Autonomie. Deutschland und Frankreich, die angeblich die Garanten von Minsk II waren, sahen tatenlos zu, wie das Abkommen von der Ukraine und den USA über Bord geworfen wurde.

Seit 2022 Chancen vertan

Nach sechs Jahren, in denen Minsk II nicht umgesetzt wurde und in denen das von den USA bewaffnete ukrainische Militär den Donbass weiterhin bombardierte, um die abtrünnigen Provinzen zurückzuerobern, erkannte Russland Donezk und Luhansk am 21. Feb-

ruar 2022 als unabhängige Staaten an. Der Status von Donezk und Luhansk im Rahmen des Istanbul-Prozesses war noch nicht endgültig geklärt. Vielleicht hätte man sich auf eine Rückkehr zu Minsk II und dessen tatsächliche Umsetzung durch die Ukraine einigen können. Als die Ukraine den Verhandlungstisch verließ, war die Frage leider häufig. Einige Monate später, am 30. September 2022, annektierte Russland die beiden Oblaste sowie zwei weitere, Cherson und Saporischschja.

Die traurige Lektion ist folgende: Der Gebietsverlust der Ukraine wäre gänzlich abgewendet worden, hätte nicht ein gewaltsamer Staatsstreich Janukowitsch gestürzt und ein von den USA unterstütztes Regime eingesetzt, das die NATO-Mitgliedschaft anstrebt. Der Gebietsverlust in der Ostukraine hätte verhindert werden können, wenn die USA die Ukraine zur Umsetzung des vom UN-Sicherheitsrat unterstützten Minsk-II-Abkommens gedrängt hätten. Der Gebietsverlust in der Ostukraine hätte wahrscheinlich noch im April 2022 im Rahmen des Istanbul-Prozesses abgewendet werden können, doch die USA blockierten das Friedensabkommen. Jetzt, nach 11

Jahren Krieg seit dem Sturz Janukowitschs und aufgrund der Verluste der Ukraine auf dem Schlachtfeld, wird die Ukraine in den kommenden Verhandlungen die Krim und andere Gebiete in der Ost- und Südukraine abtreten.

Kollektive Sicherheit für das ganze Europa

Europa hat andere Interessen, über die es mit Russland verhandeln sollte, insbesondere die Sicherheit der baltischen Staaten und die europäisch-russischen Sicherheitsvereinbarungen im Allgemeinen. Die baltischen Staaten fühlen sich Russland gegenüber sehr verwundbar, was angesichts ihrer Geschichte verständlich ist, aber sie verstärken ihre Verwundbarkeit noch unnötigerweise durch eine Reihe repressiver Maßnahmen, die gegen ihre russischstämmigen Bürger ergriffen werden, darunter Maßnahmen zur Unterdrückung des Gebrauchs der russischen Sprache und Maßnahmen, um die Verbindungen ihrer Bürger zur russisch-orthodoxen Kirche zu kappen. Die führenden Politiker der baltischen Staaten lassen sich außerdem zu

einer ausgesprochen russophoben Rhetorik hinreißen. Der Anteil der ethnischen Russen an der Bevölkerung beträgt in Estland und Lettland etwa 25 % und in Litauen etwa 5 %. Die Sicherheit der baltischen Staaten sollte durch sicherheitsfördernde Maßnahmen auf beiden Seiten erreicht werden, wozu auch die Achtung der Minderheitenrechte der russischstämmigen Bevölkerung gehört, sowie durch den Verzicht auf eine hasserfüllte Rhetorik.

Die Zeit ist reif für eine Diplomatie, die Europa, der Ukraine und Russland kollektive Sicherheit bringt. Europa sollte direkte Gespräche mit Russland aufnehmen und Russland und die Ukraine auffordern, ein Friedensabkommen auf der Grundlage des Istanbul-Kommuniqués vom 29. März und des Entwurfs des Friedensabkommens vom 15. April 2022 zu unterzeichnen. Auf den Frieden in der Ukraine sollte die Schaffung eines neuen Systems kollektiver Sicherheit für ganz Europa folgen, das sich von Großbritannien bis zum Ural und sogar darüber hinaus erstreckt.

„Whatever it takes!“ – oder: Kanonen statt Butter

Norbert Heckl,
Gewerkschaftssekretär

Wenn die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi sagt, dass „wir Europas Verteidigungsfähigkeit stärken“ müssen, der soziale Fortschritt aber natürlich dafür nicht ausgebremst werden dürfe, gibt ihr Clemens Fuest vom renommierten Ifo-(Wirtschafts-) Institut die passende Antwort: „Wenn Deutschland Priorität auf Wehrhaftigkeit und wirtschaftliche Stärke legt, bedeutet das geringere Priorität für andere Ziele wie soziale Sicherung. In politischen Debatten wird gerne behauptet, man dürfe das eine nicht gegen das andere ausspielen. Das ist Wunschdenken, weil die verfügbaren Ressourcen nun einmal beschränkt sind.“ (FAZ v. 28.1.2025). Der Publizist Andreas Zumach meint in einem Interview zu den Aufrüstungsvereinbarungen zwischen CDU/CSU und SPD: „Wenn diese Pläne umgesetzt werden, kann man jede Sozial- und Klimapolitik, jede globale Armutsbekämpfung dauerhaft vergessen.“ Auch wenn diese Vorhaben der SPD und den Gewerkschaften durch Schuldenmachen schmackhaft gemacht werden sollen, ändert das nichts daran: „Wir sollten uns nichts vormachen. Das alles wird seinen Preis haben.“, sagt unverblümt Baden-Württembergs Finanzminister Bayaz (Grüne).

Und das „Handelsblatt“ veröffentlicht Anfang März Sparvorschläge von neoliberalen Ökonomen: Streichung von Feiertagen, Streichung des Elterngelds, weniger Subventionen in der Klimapolitik,

Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes, Sparen beim Bürgergeld, weniger Zuschuss zur Rentenversicherung, dafür Erhöhung des Renteneintrittsalters ... – und das ist noch lange nicht das Ende von Ideen, wie der „Sozialstaat weiter abgebaut werden soll, zugunsten einer wahnwitzigen

Aufrüstung – „Whatever it takes“ ! Die Gewerkschaften sollen dafür „ins Boot geholt werden“ mit dem Versprechen, den Mindestlohn auf 15 Euro zu erhöhen, und ein – ebenfalls schuldenfinanziertes – Infrastrukturprogramm in Höhe einiger 100 Mrd Wuro aufzulegen.

Wie viel vom Strukturprogramm bei der Bevölkerung ankommt und nicht nur für die panzertaugliche Verbesserung von Straßen und Brücken verwendet wird – das hängt in hohem Maße davon ab, ob sich

die Gewerkschaftsbewegung damit ruhigstellen lässt, oder sich wieder an dem Satz von Georg Benz von der IG Metall orientiert: „Die vorrangigste Aufgabe der Arbeiterbewegung ist der Kampf für Frieden, Freiheit und Völkerverständigung!“



Aufrüstung als Agenda:

Wie verhalten sich die Gewerkschaften?

Ulrike Eifler,
Gewerkschaftssekretärin

Die Bundestagswahl hat für Gewissheit gesorgt: Die Angriffe auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden weitergehen. Und es ist zu befürchten, dass diese mit noch größerer Brutalität durchgeführt werden, als dies bisher der Fall war.

Denn vor dem Hintergrund von Deindustrialisierung, Wirtschaftsfalte und Industrieumbrüchen erwarten die Arbeitgeberverbände Massnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. Insbesondere die Rüstungskonzerne drängen auf

mehr staatliche Investitionen. „Was liegt näher, als wirtschaftliche und sicherheitspolitische Herausforderungen zu verbinden? Was liegt näher als drei oder fünf Prozent des BIP als Konjunkturprogramm zu verstehen“, fragt Hensoldt-Geschäftsführer Oliver Dörre. Und Cheflobbyist Hans Christoph Atzpodien überreichte Merz einem Zehn-Punkte-Plan, in dem er mehr Geld, mehr Planbarkeit und mehr Waffenexporte fordert.

Für die Gewerkschaften ist diese Situation nicht einfach: Während der Krieg in der Ukraine für viele Industriezweige zum Krisenbeschleuniger wurde, stabilisieren sich ausgerechnet die Wertschöpfungs-

ketten der Rüstungsindustrie. Inzwischen spricht die Branche von der größten Einstellungswelle seit 1989 und kann auf knapp 400.000 Beschäftigte verweisen.

Die Nationale Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie der Scholz-Regierung bereite dafür den Boden. Sie stellt eine industriepolitische Initiative für die Rüstungsindustrie dar – mit staatlich garantierten Aufträgen und Abnahmegarantien. Das sichert Arbeitsplätze, führt aber auch zu einem erheblichen Eskalationsrisiko. Denn die Gewinnstrategie geht nur auf, wenn Kampfpanzer, Granaten und Drohnentechnik nicht unbenutzt in Depots vor sich hinschlum-

mern, sondern zum Einsatz kommen und für kontinuierliche Nachfrage sorgen. Zudem zeigte die Karenztagediskussion zu Jahresbeginn, wie sehr Aufrüstung und Sozialkürzungen Hand in Hand gehen.

Deshalb wird die Zeitenwende nicht nur für die Industriegewerkschaften, sondern auch für die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst zur Herausforderung. Sie erleben, dass sich Verteilungsprioritäten zuungunsten der Beschäftigten verschieben. Dass Aufrüstung gegen Lohnerhöhungen gestellt wird. Und statt Pflegekräfte zu entlasten, werden sie in Katastrophenschutzseminaren für den Ernstfall vorbereitet.

Wir erleben, dass sich Deindus-

trialisierungserfahrungen, Inflation und Sozialkürzungen zu einer Atmosphäre des Verzichts verdichten. Diese verschafft den Forderungen der Arbeitgeber nach Lohnverzicht, Tarifabweichungen und Arbeitszeitausweitung Rückenwind – nicht den Forderungen der Beschäftigten. Voraussetzung für erfolgreiche gewerkschaftliche Umverteilungskämpfe ist daher ein Klima aus Frieden und Entspannungspolitik. Die Gewerkschaften haben ein friedenspolitisches Mandat, zu dem sie ihre Geschichte verpflichtet. Aber auch die Gegenwart. Es wahrzunehmen bedeutet, Lohnkämpfe mit denen für Frieden zu verbinden.

Kapitalismus und Krieg

Andrea Hornung

„Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.“

Jean Jaurès

Wolken bestehen aus kleinen Wassertropfchen. Prallen diese aufeinander, schließen sie sich zu immer größeren Wassertropfen zusammen – bis diese zu schwer werden. Dann beginnt es zu regnen. So wie die

Wassertropfchen werden im modernen Kapitalismus, im Imperialismus, aus kleinen Unternehmen große. Mit den Unternehmen wächst und verschärft sich auch die Konkurrenz zwischen ihnen. Die Konkurrenz um Rohstoffe, Absatzmärkte, um die besten Produktionsbedingungen, kurz: um den größtmöglichen Profit. Für diesen Profit werden zehntausende Stellen abgebaut, soll die Arbeitszeit erhöht und Natur und Umwelt zerstört werden. Die Unternehmen werden größer werden, die Konkurrenz wächst. Wer den Kampf

um die Absatzmärkte und Rohstoffe gewinnen will, für den reicht es nicht aus, nur das eigene Unternehmen zu optimieren.

Der moderne Kapitalismus braucht einen Staat, der massive Subventionsprogramme schmiedet, während Schulen zerfallen. Einen Staat, der je nach Situation Freihandelszonen oder Zölle einführt. Einen Staat, der die Konkurrenten im Zweifel auch militärisch bekämpft und Absatzmärkte sichert. So benennt die Bundeswehr ganz offen, dass es um die Sicherung

freier Handelswege und den Zugang zu Rohstoffquellen und Absatzmärkten geht. Aus der ursprünglich ökonomischen Konkurrenz wird auch eine Konkurrenz zwischen den Staaten. Die Wassertropfen werden schwerer.

Trump spricht es mit aller Deutlichkeit aus: Die US-amerikanischen Interessen sollen an erste Stelle gestellt werden. Er will die Bodenschätze der Ukraine, den Zugriff auf den Panama-Kanal und die Annexion von Grönland. Wenn die EU jetzt 800 Milliarden Euro in Aufrüstung investiert, wenn Merz Aufrüstung zusichert, „whatever it takes“

und Grüne und SPD zustimmen, wenn die AfD 5 Prozent des BIP für Rüstung fordert, dann geht es um nichts anderes: Die Verteidigung der eigenen Interessen, das heißt der Interessen des europäischen, des deutschen Kapitals.

So wie die Rüstungsausgaben explodieren, so wachsen die Wassertropfchen an. Der Regen, der Krieg, er wird in der Ukraine, in Palästina, im Kongo schon geführt, er droht noch weiter zu eskalieren. Den Regen können wir nicht verhindern. Kriege schon. Seine Ursache, den Kapitalismus, müssen wir abschaffen.

Herausforderungen für den Frieden in Zeiten von Trump

David Swanson

Die Herausforderungen bei der Arbeit für den Frieden in den Vereinigten Staaten und der Welt in Zeiten von Trump sind größtenteils die gleichen wie vorher: Überwindung eines korrupten Kommunikations- und Bildungssystems, um die Menschen über die Notwendigkeit und Möglichkeit des Friedens zu informieren, und die Überwindung korrupter Regierungen, um die Kriegsmaschinerie abzuschalten. Aber die Kriegsmaschinerie wächst rasant, und mit ihr das Risiko eines Atomkriegs, die Gewissheit eines ökologischen Kollapses und die Bedrohung durch Krankheit, Armut und Vertreibung.

Die extreme Militarisierung wird in der US-Regierung und -Kultur normalisiert, wobei die Finanzierung noch weiter von den menschlichen Bedürfnissen auf ein noch höheres Niveau der Militärausgaben verschoben wird.

Die positivsten Entwicklungen von Trump sind rhetorischer Natur und stehen im Widerspruch zu seinem tatsächlichen Verhalten. Trump spricht davon, die Militärausgaben zu halbieren und die Atomwaffen abzuschaffen, während er gleichzeitig mehr Atomwaffen herstellt und die Militärausgaben drastisch erhöht. Menschen fragen sich, mit wem sie sich identifizieren und zusammentun sollen. Obwohl man Trump nicht einfach unterstützen oder ablehnen kann, da er zu den meisten Themen mehrere und gegensätzliche Meinungen vertritt, werden das viele versuchen. Selbst wenn Trump die Militärausgaben nicht erhöht, werden diese bei anderen NATO-Ländern ansteigen.

Unversöhnliche Kontroversen

Die US-Politik ist in zwei Lager gespalten und differenziertes Denken erscheint verdächtig. „Sind Sie für Frieden in der Ukraine, weil Putin Sie bezahlt?“ „Wollen Sie mehr Krieg in der Ukraine, weil die Demokratische Partei Sie dazu aufgefordert hat?“ Was noch wichtiger ist: Sollten sich Friedensaktivisten an die Seite von Leuten stellen, die den Frieden in der Ukraine wollen, um alle Feindseligkeit auf China zu lenken, oder an die Seite von Leuten, die den Frieden in der Ukraine aus demselben Grund wollen, aus dem sie alle öffentlichen Schulen schließen wollen, nämlich weil sowohl Krieg als auch Schulen Geld kosten?

Wie können wir eine Massenbewegung in einer Zeit aufbauen, in der die Kundgebungen ganz anders sind als noch vor 10 Jahren? Die Menschen halten öffentliche Kundgebungen für den Frieden ab und versuchen nicht, Medienberichte zu bekommen, sondern wollen die Medien fernhalten. Sie wollen auch nicht ihre eigenen Medien machen. Sie wollen auch nicht, dass ihre Gesichter fotografiert werden, und tragen Masken. Diejenigen, die ein bisschen mehr Angst haben, bleiben einfach zu Hause. Können wir uns als Kriminelle verkleiden und unsere Aktivitäten verbergen und



gleichzeitig eine Massenaktion für den Frieden aufbauen?

Bürgerrechtler auf Wurzel der Probleme in den USA hinweisen

Vielleicht können wir das. Es sind schon viel seltsamere Dinge passiert. Stündlich tauchen neue Aktivisten auf. Menschen, die ihr Leben damit verbracht haben, zu sagen: „Ich bin nicht politisch“ und „Ich mache keinen Aktivismus“, kündigen ihre

Absicht an, sich gegen den Faschismus zu engagieren, was die Hälfte der Vereinigten Staaten unter dem Trump-Regime versteht. Menschen, die die Zerstörung Afghanistans, des Iraks, Syriens usw. miterlebt haben, werden die Zerstörung ihrer eigenen Schulen, Krankenhäuser und Obdachlosenheime, die Aberkennung der Gemeinnützigkeit von Wohltätigkeitsorganisationen, die Angriffe auf Universitätsstudenten oder die Normalisierung hasserfüllter und bigotter Äußerungen

nicht mehr hinnehmen. Und da alle als Verräter und Feinde bezeichnet werden, kann die übliche Hürde, Frieden in die Agenda der verschiedenen Themen aufzunehmen, gesenkt werden.

Die vertraute Herausforderung für den Friedensaktivisten, den Bürgerrechtler darauf hinzuweisen, dass der Krieg die Wurzel des Problems ist, und den Armutsgegner darauf, dass Billionen von Dollar in den Krieg geflossen sind, und den Umweltschützer darauf, was das Militär

der Erde antut, usw., wird vielleicht weniger eine Herausforderung sein, wenn sich bestimmte Dinge verschlechtern. Hoffen wir, dass es rechtzeitig geschieht. Hoffen wir auf einige Siege, die wir gemeinsam feiern und auf denen wir aufbauen können.

David Swanson ist Executive Director von World Beyond War

Krieg und Frieden im indo-pazifischen Raum

Anuradha Cheno

Der indo-pazifische Raum mit seinen schnell wachsenden Volkswirtschaften, seiner vielfältigen und großen Bevölkerung und seinen stark befahrenen Seewegen mit einem riesigen Handelsvolumen ist eine Region von wachsender geostrategischer Bedeutung.

Die Großmächte in dieser Region (USA, China, Russland, Indien, ASEAN, Australien, Japan) haben spezifische Interessen, Allianzen, Widersprüche und Geostrategien. Das größte Spannungsfeld besteht zwischen den USA und China.

Hinzu kommen mehrere ungelöste zwischenstaatliche Konflikte zwischen Nord- und Südkorea, der Status Taiwans, die Seewege im Ost- und Südchinesischen Meer, umstrittene Inseln und Gewässer zwischen China, den Philippinen, Vietnam und Malaysia sowie Spannungen an der Grenze zwischen China und Indien sowie zwischen Indien und Pakistan. Dies macht die Region unbeständig.

China im Fokus – US-Politik seit 2009

Die Regierung von Präsident Trump konzentriert sich stark auf China als Bedrohung und knüpft damit an Obamas „Pivot to Asia“-Politik (2009) an, die die USA in dieser Region verfolgten. Aber auch andere Länder haben ein Interesse daran, das Gleichgewicht der Kräfte neu zu gestalten.

Russland baut seinen Status als pazifische Macht als Teil seines Selbstverständnisses als eurasische Einheit wieder auf. Präsident Putin plädiert für eine Annäherung an Asien, um im 21. Jahrhundert wettbewerbsfähig zu sein (2012), und erklärte (2023), der russische Ferne Osten sei die strategische und entwicklungspolitische Priorität für den Rest des Jahrhunderts.

Die EU und Indien haben eine „Look East“-Politik entwickelt, und



die ASEAN-Länder konzentrieren sich darauf, um sich aus der Konfrontation der Großmächte herauszuhalten. Unter diesen Umständen zeichnen sich verschiedene Strategien ab.

US-Präsenz auf vielen Ebenen

Die US-Strategie im indo-pazifischen Raum sieht vernetzte Vertragsbeziehungen vor: QUAD zwischen USA, Australien, Japan und Indien (2007) für einen freien und offenen Indo-Pazifik unter internationalem Recht. Sicherheitspakt zwischen Australien, Großbritannien und den USA (AUKUS)

(März 2023), Abkommen zwischen den USA und den Philippinen über 4 neue Militärstützpunkte zusätzlich zu den 5 bisherigen lokalen Stützpunkten (April 2023), Vertrag zwischen den USA und den Philippinen über die gegenseitige Verteidigung, der ein Eingreifen der USA ermöglichen kann. Trilaterale Sicherheitsbeziehungen zwischen den USA, Japan und der Republik Korea (August 2023) verstärken die militärische Zusammenarbeit.

Die USA versuchen mit ihrer militärischen Präsenz, sich in verschiedenen „Krisenherden“ einzumischen: Unterstützung für Taiwan, Sicherheitskooperation mit umstrittenen Inseln im Südchinesischen

Meer, Militarisierung Südkoreas und der Philippinen.

Die NATO dehnte ihre Bestrebungen auf den indopazifischen Raum aus und äußerte sowohl im Kommuniqué des NATO-Gipfels von 2021 als auch im Strategischen Konzept von 2022 ihre Besorgnis über China, das eine Herausforderung für die europäischen Werte darstelle. Auf dem 75. NATO-Gipfel im Juli 2024 wurde dann gefordert, dass die NATO die führende institutionelle Plattform für die euro-atlantische Politikkoordination im indopazifischen Raum sein soll. Der Grund dafür ist wie üblich Pekings „wachsender Einfluss“, der Chancen und

Herausforderungen mit sich bringt.

Chinas Politik: flexible Doppelstrategie

Der chinesische Außenminister Wang Yi erläuterte die Strategie seines Landes, die den USA die Hand zum Frieden reicht und auf den drei Grundsätzen des gegenseitigen Respekts, der friedlichen Koexistenz und der Zusammenarbeit für beide Seiten beruht. Wang Yi bekräftigt jedoch, dass kein Land glauben sollte, es könne „China unterdrücken und gleichzeitig gute Beziehungen zu China unterhalten“. Dies ist eine Warnung an die US-Politik der Eindämmung. Die USA wissen um die militärischen und maritimen Fähigkeiten Chinas. In einem Krieg zwischen beiden Ländern kann es keine Gewinner geben.

China hat Handels- und Kommunikationsinitiativen im Rahmen der Neuen Seidenstraße (BRI), an denen fast hundert Länder beteiligt sind. China unterhält Partnerschaften mit Russland, und selbst wenn Trump versucht, die Beziehungen zwischen den USA und Russland neu zu ordnen, haben China und Russland beschlossen, „immerwährende gute Nachbarschaft und Freundschaft“ zu schmieden, die auf „Nicht-Bündnis, Nicht-Konfrontation und nicht gegen eine dritte Partei gerichteten Beziehungen“ beruht.

China bezeichnet sich selbst als Entwicklungsland und als Verfechter des globalen Südens. Da sich Trump aus multilateralen Institutionen zurückzieht, füllt China dieses Vakuum. Die Chinesen setzen sich für eine multipolare Welt und den Multilateralismus ein. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sehen sie sich in der Lage, den Hegemonismus der USA herauszufordern, obwohl sie sich global ein friedliches und pluralistisches Umfeld wünschen.

Anuradha Cheno ist außerordentliche Professorin an der Jindal Global University in Indien und Mitglied des International Peace Bureau (IPB)

Das Einstein-Russell-Manifest

Sibylle Brosius

Albert Einstein hatte nach der Entdeckung der Kernspaltung in Nazi-Deutschland klar erkannt, wozu seine Erkenntnisse in Kriegszeiten genutzt werden könnten. Deshalb warnte er mit einem Brief an US-Präsident Roosevelt vor dem, was zum Startschuss für das Manhattan-Projekt wurde. Nachdem aber Deutschland im 2. Weltkrieg schon kapituliert hatte, wurden Hiroshima und Nagasaki durch Atombomben im August 1945 komplett zerstört.

Schnell bildeten sich aber auch Gegenbewegungen aus der Wissenschaft. Die Organisation „Bulletin of the Atomic Scientists“ wurde 1945 von Albert Einstein und Mitgliedern des Manhattan Projektes gegründet. Sie bewertet das Weltgeschehen hinsichtlich der existenzbedrohenden Risiken, dargestellt durch die Doomsday Clock (Weltuntergangsuhr), als Zeit bis zum Weltuntergang um Mitternacht. Seit diesem

Jahr zeigt sie die kürzeste jemals gegebene Zeit!

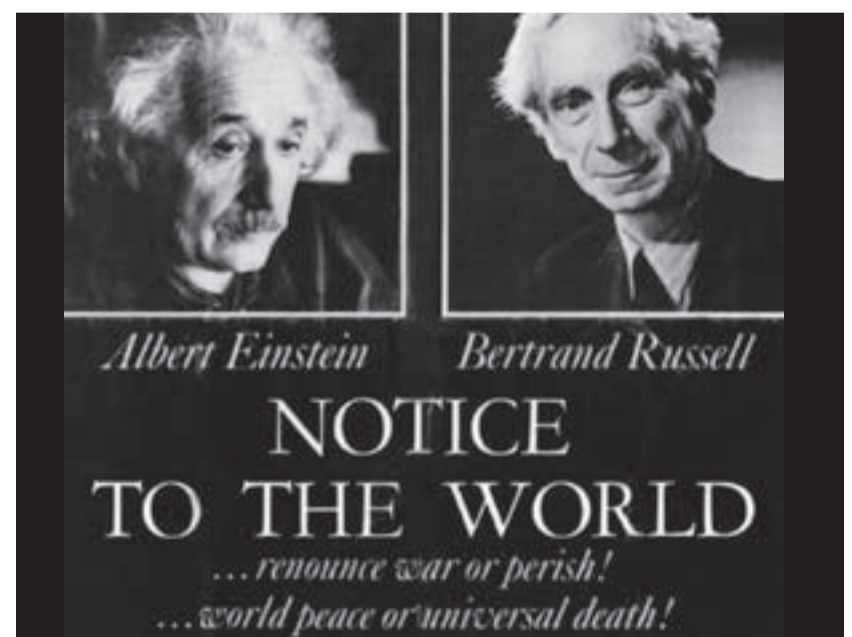
Von herausragender Bedeutung ist das Russell-Einstein-Manifest 1955. Bertrand Russell verfasste dieses Manifest, das Albert Einstein wenige Tage vor seinem Tod noch unterschrieb, gefolgt von vielen weiteren prominenten Atomphysikern. Es beschreibt die ungeheuren Wirkungen der Atombomben und warnt vor einem Einsatz, denn einmal losgetreten, wird in der Kriegslage alles eingesetzt werden, um zu siegen bzw. auf der anderen Seite, um nicht unterzugehen.

Epochal: Die Pugwash-Bewegung

1957 trafen sich die Atomphysiker dann in einem kleinen Ort in Kanada namens Pugwash. Die Teilnehmenden kamen aus USA, Sowjetunion, Japan, UK, Kanada, Australien, Österreich, Frankreich und Polen. Ziel der Konferenz war die Eliminierung von Massenvernich-

tungswaffen und die Ächtung von Krieg als soziale Institution, um internationale Meinungsverschiedenheiten zu regeln. Die Organisation der Pugwash – Bewegung erlaubte einen informellen wissenschaftlichen Austausch. Probleme konnten vorab diskutiert und gelöst werden, was sich als sehr hilfreich erwies bei den Vertragsverhandlungen zur Rüstungskontrolle und Abrüstung, auch als „silent diplomacy“ bezeichnet. Erst nach dem Ende des Kalten Krieges, erreicht durch weitreichende Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge, wurde der Erfolg dieser Arbeit 1995 mit dem Friedensnobelpreis geehrt, desgleichen Joseph Rotblat, der einzig noch lebende Unterzeichner des Russell-Einstein-Manifestes.

1983 wurde in der Debatte zur Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland der Mainzer Appell ‚Verantwortung für den Frieden‘ im Rahmen eines internationalen wissenschaftlichen Kongresses an der Universität



Mainz formuliert. Er ging in seiner Wirkung über die Göttinger Erklärung hinaus und bezog die gesamte wissenschaftliche Gemeinschaft von Studierenden und Lehrenden ein. Dementsprechend war seine Wirkung groß, auch in der Öffentlichkeit. Er begründete eine Tradition wissenschaftlicher Kongresse zu Friedensthemen, die nach wie vor existiert.

Wieder würden die vielen, weltweiten wissenschaftlichen Kontakte über alle Blockgrenzen hinweg dringend gebraucht, um gemeinsam an Lösungen zu arbeiten. Es geht doch, wie das Russell-Einstein-Manifest und Entwicklungen in Folge gezeigt haben. Sibylle Brosius ist Vorstandsmitglied der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative (NatWiss)

Friedensbewegung:

Verschiedene Strategien – aber gemeinsame Aktivitäten

Zusammenfassung eines Gespräches zu Grundsatzfragen der Friedensbewegung von Reiner Braun und Ralf Becker. Die Fragen stellte Karl-Heinz Peil (ZgK), der auch die Antworten auszugsweise zusammengestellt hat.

Ralf Becker ist Koordinator der Initiative „Sicherheit neu denken“, die sich unter dem Dach des europäischen friedenskirchlichen Netzwerks „Church and Peace“ für eine nachhaltige Zivile Sicherheitspolitik engagiert. Sie wird in Deutschland, Europa und Afrika von zahlreichen Organisationen und Netzwerken unterstützt. Aktuell ist das Anfang Januar veröffentlichte Konzeptpapier „Positivszenario 2025-20240 – Europas Rolle für den Frieden in der Welt“.

Reiner Braun ist seit Jahrzehnten Initiator von Aktivitäten der deutschen Friedensbewegung und bereits langjährig in führender Position im International Peace Bureau (IPB) tätig.

Beide stehen für unterschiedliche Blickwinkel auf die Friedensbewegung, für das Grundverständnis dazu, was man überhaupt als Friedensbewegung verstehen soll, sowie kurz-, mittel- und langfristige Zielorientierungen.

Bei dem ausführlichen Videogespräch ging es um den Austausch zu Grundsatzfragen der Friedensbewegung angesichts aktueller Herausforderungen auf drei Ebenen:

1. Personalisierende versus analytische Sichtweisen
2. Bündniskonstellationen und Abgrenzungen
3. Mobilisierungsfähigkeiten: Bedrohungsängste und positive Zukunftsvisionen

Nachfolgend in redaktionell komprimierter Form die wesentlichen Inhalte.

ZgK: Inhaltliche Auseinandersetzungen sind zunehmend davon geprägt, dass im friedenspolitischen Diskurs moralisierende Sichtweisen und Personalisierungen dominieren. Ein jüngstes Beispiel dafür ist eine Titelseite der Wochenzeitschrift stern:

Diese zeigt eine Karikatur mit Trump und Putin mit einer Leiche auf dem Boden, die mit der Ukraine Fahne bedeckt ist. Der Titel: Die Achse der Bösen. Wie stellen wir uns dazu?

Ralf Becker: Gegen eine Befangenheit in personalisiertem Gut-Böse Denken zeigen wir ein friedenslogisches Szenario auf, das uns aus den mit diesem Bild verbundenen Ängsten herausführt. Es gilt, Feindbilder in alle Richtungen zu überwinden. Wenn ich Konflikte nachhaltig und gewaltfrei lösen möchte, brauche ich den Blick auf die komplexen Konfliktursachen und auch auf unsere eigenen Anteile am Konflikt. Wenn ich die Gegenseite verstehe, muss ich deswegen natürlich noch nicht mit deren Vorgehensweise einverstanden sein.

Reiner Braun: Wir müssen statt der Personalisierung die politischen und geostrategischen Herausforderungen analysieren. Dazu gehören Fragen wie: Was ist die Rolle Russlands heute, nicht nur als Kriegspartei in der Ukraine, sondern als eines der führenden BRICS-Staaten mit einer herausgehobenen Rolle gegenüber vielen Ländern der Dritten Welt. Dazu kommt die Frage: Kann man mit der jetzigen russischen Führung auch wieder Entspannungspolitik aufbauen? Eine Diskussion darüber, ob Putin ein Kriegsverbrecher ist, halte ich für kontraproduktiv. Natürlich ist er das. Entspannungspolitik jedoch heißt, dass man notwendig mit politischen Gegnern, auch mit Kriegsverbrechern, reden muss, um gemeinsame Lösungen für den Frieden zu finden.

ZgK: Seit Beginn der Ukraine-Krise 2014 gibt es Kontroversen in der Friedensbewegung. Seinerzeit waren es die Mahnwachen, die als umstritten galten. Aktuelle Auseinandersetzungen betreffen die Entwicklungen aus der Protestbewegung gegen die Corona-Maßnahmen 2020 und 2021, woraus sich viele Aktivitäten als neue Friedensbewegung entwickelt haben – nach eigenem Verständnis. Diese werden als rechtschaffen deklariert, während man auf deren Seite von einer „Ausgrenzeritis“ durch die „alte“ Friedensbewegung spricht. Lässt sich ein Kompass entwickeln, um diese bestehenden Kontroversen beizulegen?



Anzeige

lunapark²¹

zeitschrift zur kritik der globalen ökonomie

Schwerpunkte Heft 64:

- Zollpolitik, Weltproduktion und Welthandel
- Exportmodell Deutschland in der Krise
- Israel und Palästina
- Wasserversorgung

Im Abo frei Haus. Willkommen (zurück). & Probeheft

lunapark21.net/abo

Ralf Becker: Das von der Initiative „Nie wieder Krieg“ zum Vorwurf der Rechtschaffenheit veröffentlichte Positionspapier, ist eine hervorragende Grundlage, um dazu ins Gespräch zu kommen. Es braucht eine klare Abgrenzung von Rechtsextremismus und Faschismus. Da sind wir uns wohl alle einig. Und ich halte es für klug, zu unterscheiden zwischen Rechtsextremismus und Rechts. Rechts ist in unserem politischen Spektrum quasi die Hälfte der Bevölkerung, im Moment nach den Wahlergebnissen sogar ein bisschen mehr. Und insofern muss ich als

Friedensbewegung rechtschaffen sein. Ich will nämlich eine Mehrheit der Gesellschaft, nicht nur die Linken, die oft in der Minderheit sind, für eine vernünftige Zukunftspolitik gewinnen und damit für Abrüstung und für Friedenspolitik. Auch unsere Initiative „Sicherheit neu denken“ versteht sich für alle politischen Seiten offen. Die Frage ist dann: Wo genau setze ich diese Grenze? Hilfreich ist es, Dialoge mit Personen, die Verbindungen zu rechtsextremen Kreisen haben, im geschützten Raum zu führen, um zu vermeiden, Rechtsextremismus zu legitimieren.

Reiner Braun: Diese Diskussion kommt ja immer dann besonders hoch, wenn es kleine Aktionen gibt, bei denen die Differenziertheit der unterschiedlichen Kräfte sichtbar wird. Bei großen Aktionen mit entsprechender Ausstrahlungskraft setzt sich erst mal der inhaltliche Konsens fast alleine durch. Deshalb plädiere ich dafür, unsere Aktionen so überzeugend und aussagekräftig wie irgend möglich zu machen. Das heißt nicht, dass wir in irgendeiner Weise mit Rechtsextremisten zusammenarbeiten. Das gilt insbesondere für die AfD, die für uns wegen ihrer militaristischen Aufrüstungspolitik in keinsten Weise eine Friedenspartei ist. Wir müssen aber auch aufpassen, dass wir nicht zu früh fragwürdigen Gruppierungen mit einem Stempel versehen und ausgrenzen.

ZgK: Wenn man von zentralen Herausforderungen der Friedensbewegung spricht, dann geht es vor allem um inhaltliche Schwerpunkte, wie das derzeit gegen die geplante Raketenstationierung der Fall ist. Ebenso gravierend sind die für alle Menschen spürbaren Probleme der öffentlichen Daseinsvorsorge. Vor allem die drohenden Kürzungen von Sozialausgaben zugunsten von Rüstungsausgaben sind zu vermitteln. Wie kommen wir strategisch mit der vorhandenen thematischen Vielfalt zurecht?

Reiner Braun: Von der jetzt laufenden Hochrüstung sind wirklich mit Ausnahme der wenigen, die davon profitieren, alle betroffen. Widerstand in großer gesellschaftlicher Breite und Vielfalt heißt für mich, dass vor allem Gewerkschaften und Kirchen präsent sein müssen. Die Schwierigkeit liegt vor allem bei den Gewerkschaften in der leider engen Zusammenarbeit mit den unsozialen und kriegerischen Bundesregierungen, von der sie sich deutlich mehr versprechen als von einer Opposition mit uns. Das ist nachvollziehbar. Um dort zu überzeugen und präsent zu sein, müssen wir vor allem die kurzfristige Militarisierung ablehnen.

Ralf Becker: Konsens mit Gewerkschaften und Kirchen, also großen Bewegungen außerhalb unserer Friedensblase, erreichen wir leichter in der Ablehnung mittel- und langfristiger militärischer Aufrüstung. Ich glaube, man muss im Moment akzeptieren, dass viele Menschen eine kurzfristige Aufrüstung unterstützen wegen des Verlusts von Sicherheitsgarantien durch die USA. Wir sollten als Friedensbewegung alles dafür tun, dass unsere Gesellschaft möglichst schnell aus dieser Akzeptanz militärischer Aufrüstung rauskommt und versteht, dass wir allein schon zur Bewältigung der Klimakrise dringend eine Demilitarisierung brauchen. Wenn wir den Menschen eine positive Vision als überzeugende Alternative vermitteln, können wir auch gleichzeitig sagen: Was im Moment passiert, ist Wahnsinn und wir sind dagegen. Kurz- und langfristige Sichtweisen und Ziele zusammen wirken dann überzeugend.

Zusammenfassung

Schwierigkeiten in Bündnisrelationen mit Gewerkschaften und Kirchen als relevante gesellschaftliche Kräfte resultieren daraus, dass



sich diese aus nachvollziehbaren Gründen weniger als Opposition, sondern als Gesprächspartner für Regierende verstehen. Damit ist auch eine andere Herangehensweise verbunden, als bei dem aktionsorientierten Teil der Friedensbewegung, der sich bewusst als Opposition, d.h. gegen den Mainstream gerichtet, versteht. Dabei hat die Friedensbewegung nach wie vor große Teile der Bevölkerung hinter sich, bei denen die forcierte Aufrüstung und Kriegspolitik auf Ablehnung stößt. Bei der Frage zur Mobilisierungsfähigkeit der Friedensbewegung gibt es unterschiedliche Ansätze. Für Reiner Braun ist besonders wichtig, kurzfristig möglichst viele Menschen auf die Straße zu bringen, insbesondere gegen die unmittelbare Bedrohung mit der geplanten Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen. Mit der von Ralf Becker koordinierten Initiative „Sicherheit neu denken“ und ihren positiv konnotierten Szenarien sollen zunächst breitere Bevölkerungskreise sensibilisiert, informiert und überzeugt werden, um mittelfristig eine breitere, wirksame Friedensbewegung aufzubauen. Das Gespräch hat aufgezeigt, dass es nicht „die“ Friedensbewegung gibt, sondern unterschiedliche Strömungen, wofür Ralf Becker und Reiner Braun beispielhaft stehen. Dieses besagt nicht, dass hieraus strategische Kontroversen entstehen müssen. Dieses zeigt sich vor allem in einem souveränen Umgang mit dem Stichwort „rechtsoffen“. Natürlich gibt es viele Meinungsunterschiede, z.B. zum Ukrainekrieg. Diese können aber in einem respektvoll ausgetragenen Diskurs debattiert werden. Vielmehr geht es um ein wechselseitiges Verständnis dafür, dass unterschiedliche Herangehensweisen sich auch an spezifische Zielgruppen richten. Über allem steht dabei die Frage, wie eine Vervielfältigung des friedenspolitischen Engagements erreicht werden kann. Obwohl mittlerweile die mediale Kriegspropaganda sich auch in Mehrheitsmeinungen der Bevölkerung niederschlägt, ist nach wie vor eine starke Minderheit nicht „kriegstüchtig“. Diese gilt es zu aktivieren – und zugleich weitere Kreise für die Möglichkeit friedenslogischer, nichtmilitärischer Politik zu gewinnen. Es besteht Konsens darüber, dass dieses nur über Konzepte zur globalen, gemeinsamen bzw. inklusiven Sicherheit und umfassender zwischenstaatliche Kooperation erfolgen kann. Der Faktor Angst um die eigene Zukunft und die der Menschheit ist dabei natürlich nicht außen vor, wird jedoch unterschiedlich gewichtet.

Auszug aus:

Positiv-Szenario 2025 – 2040: Europas Rolle für den Frieden in der Welt

(Abschnitt 9 von 10 – ohne Fußnoten des Originals)

9 Die fünf Säulen Ziviler Europäischer Geopolitik

9.1 Umfassende Ökologische Sicherheit

Angesichts der weltweit existentiellen Klima- und Biodiversitätskrise definiert die Zivile Geopolitik ökologische Sicherheit als oberste Priorität. Globale Abrüstung wird als Teil von Klimaschutz begriffen. Der Erreichung der diesbezüglich weltweit vereinbarten Ziele (Pariser Klimaziele von 2015, Biodiversitätsziele, UN-Zukunftspakt 2024 etc.) werden ihrer Bedeutung als Grundlage allen menschlichen und sonstigen Lebens wegen alle anderen Politikfelder untergeordnet.

9.2 Gerechte Nutzung der weltweiten Ressourcen

Aus Verantwortung für eine weltweit gerechte Verteilung der verfügbaren Ressourcen praktiziert Europa einen maßvollen Lebensstil, begrenzt Luxuskonsum und geht mit Ressourcen und Energie sparsam um (Suffizienz). Das ermöglicht eine weltweit gerechte Teilhabe an der Nutzung der endlichen Ressourcen. Alle Menschen erhalten Transferzahlungen aus den globalen Einnahmen seltener Erden sowie anderer Rohstoffe, über deren Verteilung 2035 unter dem Dach der UN eine weltweite Übereinkunft erzielt werden kann.

Entsprechend der Empfehlungen des Earth for All – Berichts des Club of Rome aus dem Jahr 2022 treffen Gesellschaft, Politik und Wirtschaft in Europa mutige Entscheidungen und tätigen Investitionen, die den innereuropäischen wie globalen sozialen Zusammenhalt stärken, Vertrauen aufbauen sowie europaweit wie global Armut verringern. Europa gestaltet seine Ernährungs- und Energiesysteme nachhaltig um

exorbitante zukünftige Schadens- und Anpassungskosten ab.

9.3 Gemeinsame Sicherheit und Frieden durch inklusive Sicherheitsstrukturen

Nach dem Vorbild der inklusiven Europäischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur unterstützt Europa in allen Weltregionen den Ausbau und die Entwicklung inklusiver Friedens- und Sicherheitsstrukturen, wie sie u.a. der Bericht „Common Security in the Indo-Pacific Region“ der internationalen Common Security Initiative vom Oktober 2024 beschreibt.

9.4 Freiheit, Menschenrechte und Demokratie

Durch die eigene konsequente Einhaltung des Völkerrechts sowie gewaltfreie und respektvolle Werbung für sein freiheitliches Demokratiemodell wirbt Europa glaubwürdig für die weltweite Einhaltung der bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte.

9.5 Weltweite gegenseitig kontrollierte militärische Abrüstung

Bis 2040 ermöglichen Europas Beiträge umfangreiche internationale Abrüstungsschritte und einen globalen Paradigmenwechsel von militärischer zu ziviler Sicherheitspolitik. Nationale Armeen weichen zunehmend internationaler Polizei.



Anzeige

PapyRossa Verlag | www.papyrossa.de



Renate Dillmann
Medien. Macht. Meinung.
Auf dem Weg in die Kriegstüchtigkeit

Paperback
239 Seiten | € 17,90
ISBN 978-3-89438-834-8

Hält das Selbstbild der Leitmedien – sachliche Informationen, Kontrolle der Macht – einer Prüfung stand? Wie funktioniert das Dreiecksverhältnis von Presse, Politik und Publikum? Einem ›Crashkurs Medienkompetenz‹ folgen Fallstudien – Ukraine, Gaza und ›Feindbild China‹ – zu einer Berichterstattung, die im Sinne der geforderten Kriegsertüchtigung wirkt.



Johannes Zang
Kein Land in Sicht?
Gaza zwischen Besatzung, Blockade und Krieg

Paperback
279 Seiten | € 19,90
ISBN 978-3-89438-835-5

Mosaikartig skizziert der Journalist Johannes Zang Geschichte und Gegenwart des Gazastreifens, den er selbst rund 30 Mal besuchte. Er geht Ursachen und Folgen des Massakers vom 7. Oktober 2023 und des anhaltenden Krieges nach – gewidmet jenen israelischen und palästinensischen Stimmen, die allzu lange in den Wind geschlagen wurden.

Wehrpflicht für Männer war gestern – WE WANT YOU ALL!

Torsten Schleipp

Was der SPD-Kriegsminister in der letzten Legislatur mit verschiedenen Ansätzen mehrfach vergeblich versuchte, wird unter der neuen Groko Realität werden: die Wehrpflicht 2.0 Im Juli 2011 wurde die Wehrpflicht durch eine Änderung des Wehrpflichtgesetzes ausgesetzt, also formal nicht abgeschafft. Damit kann die Wehrpflicht jederzeit mit einfacher Mehrheit im Bundestag reaktiviert werden, da braucht es nicht mal die Zustimmung gewendeter ungedienter Oliv-Grüner. Die rechtlichen Voraussetzungen werden schnell geschaffen sein.

„Noch im Jahr 2025 müssen die ersten Wehrpflichtigen durch die Kasernentore schreiten.“, sprach der „verteidigungspolitische“ Sprecher der CDU/CSU- Bundestagsfraktion, Florian Hahn. Kleines Problem: viele Kasernen wurden, von

Mietern und Kommunen bejubelt und von Stadtplanern hochgelobt, entmilitarisiert: u.a. die Mackensen-Kaserne in Hildesheim oder die Theodor- Körner-Kaserne in Leipzig. Aber jetzt stehen ja bald hunderte Milliarden für Neubauten zur Verfügung. Problematischer wird wegen des Fachkräftemangels der Aufbau neuer Einberufungs- und Ausbildungsstrukturen, obwohl der Einsatz im Karrierecenter dem im Ausland sicher vorgezogen wird.

Ob die bisherigen Ausbildungsmethoden geeignet sind, kann bezweifelt werden. Ist auch egal, die Neurekrutierten müssen da ja durch. Auch eine Abbrecherquote von teilweise über 30 Prozent ist bei Pflichtdienenden nicht mehr möglich. Falls sich unter den Kriegstüchtigen im Bundestag keine 2/3-Mehrheit zur Schleifung des § 4 (3) des stark lädierten Grundgesetzes findet, müssten auch die Strukturen eines Ersatzdienstes erneut aufge-

baut werden.

Trotz medialer Hirnspülerei hat der deutsche Michel nicht so richtig Lust auf Dienst fürs Vaterland. Nach einer repräsentativen Umfrage des RND vom März 23 wollten IM FALLE EINES ANGRIFFS nur 5% zur Waffe greifen, 33% ihr bisheriges Leben weiter führen und 24% das Land so schnell wie möglich verlassen. So grundlegend wird sich daran nichts geändert haben. Deshalb wird auch geklotzt und nicht gekleckert: wie bei einem früheren Versuch der Kriegsertüchtigung soll es schon aus Gründen der Gleichberechtigung eine allgemeine Dienstpflicht für Männer, Frauen und Diverse geben. „Dulce et decorum est pro patria mori“ für Alle. Da gibt es nur eins: SAGE NEIN!

Torsten Schleipp ist Ko-Sprecher der Kooperation für den Frieden - Weitere Infos unter: <https://kdv.dfg-vk.de/>

80 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus:

Wir sagen Danke! Die Regierung sät Russenhass

Christiane Reymann

Irgendwie wird der Bundestag den 80. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus am 8. Mai über die Bühne bringen. Das gehört sich. So wie es inzwischen zum schlechten Ton gehört, dass wohl keine Vertreter Russlands dazu gebeten werden, wie zum Gedenken des von der Roten Armee befreiten Auschwitz und KZ's auf deutschem Boden. Mit dem Ausschluss der Befreier beginnt das organisierte Vergessen.

Wer heute „Feind“ ist, darf niemals etwas anderes gewesen sein. 27 Millionen Bürgerinnen, Bürger der Sowjetunion starben für die Befreiung Deutschlands und Europas vom Faschismus. Jede Familie hat als Kämpfende, Verwaiste, Hungernde, Arbeitende im Hinterland unter dem von Deutschen geführten Raub- und Vernichtungskrieg gelitten. Doch im Land der Täter soll sich heute mit Russland nichts verbinden, was der Erinnerung wert sei. Das ist ein despotischer Angriff auf unser Denken. Er zielt auf das kollektive Gedächtnis und verwundet unser aller Zukunftsfähigkeit.

Dem verordneten Vergessen kann man sich verweigern. Eine gute Möglichkeit bietet der Aufruf von

Friedensaktivisten: 80. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. Wir sagen Danke. Dort heißt es: „Unter den alliierten Siegermächten soll einzig Russland heute wieder unser Feind

sein. Das ist geschichtsvergessen und brandgefährlich“. Statt dem „Einsturz des Europäischen Hauses tatenlos zuzuschauen, bauen wir Brücken der Verständigung und guten Nachbarschaft.“

Lest, zeichnet und verbreitet bitte den Aufruf via www.befreiung.org. Er wird auch als „Brief an die Befreier“ an Menschen in den betreffenden Ländern geschickt.

Kommt zum Friedensfestival am 03.05. von 14-19 Uhr am Sowjetischen Ehrenmal Berlin Tiergarten. Mit Politik und Kultur sagen wir dort:

Danke! Frieden! Gute Nachbarschaft mit Russland! Es wirken u.a. mit Ljudmilla

Bo-sow-na (per Video, Zeitzeugin aus Leningrad), Alexander von Bismarck, Egon Krenz, Bots, Tino Eisbrenner und Band, Jens und Alexa Fischer Rodrian, Karsten Troyke, Quijote und viele andere mit interessanten Reden, vielfältiger Musik und Texten.

Das stetig aktualisierte Programm sowie Diskussionen, Tipps, Erfahrungsaustausch auf: www.befreiung.org.

BERLINER APPELL

Gegen neue Mittelstreckenwaffen und für eine friedliche Welt: Jetzt unterschreiben!



<https://nie-wieder-krieg.org/>

DIE NIE WIEDER KRIEG WAFFEN NIEDER

Hintergrund- und Argumentationsmaterial speziell im Zusammenhang mit dem Berliner Appell

Informationsstelle Militarisierung e.V.

Die Homepage www.imi-online.de enthält zahlreiche eigene Standpunkte, Analysen und Studien zur Militarisierung. Beispiel: Frieden schaffen mit Angriffswaffen? – So lautet der Titel einer Broschüre von Özlem Demirel und Jürgen Wagner, in der sie sich gründlich mit dem Beschluss zur Stationierung neuer US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland auseinandersetzen. <https://imi-online.de/2024/09/30/frieden-schaffen-mit-angriffswaffen/>

Bundesweiter Friedensratschlag

Viel Hintergrundmaterial liefert die Website des Bundesausschusses Friedensratschlag unter www.friedensratschlag.de Neben eigenen Positionierungen sind dort auch Rubriken vorhanden für Verlinkungen von tagesaktuellen Berichten und Analysen zu friedenspolitisch relevanten Themen Beispiel: Umfangreiches Positionspapier zu der geplanten Raketenstationierung: <https://friedensratschlag.de/nein-zu-us-mittelstreckenwaffen-in-deutschland/>

Online-Magazine mit friedenspolitischen Berichten, Kommentaren und Analysen

In den nachfolgenden Online-Magazinen – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – sind friedenspolitische Themen schwerpunktmäßig vorhanden, darunter auch die geplante Raketenstationierung. <https://telepolis.de> – <https://nachdenkseiten.de> – <https://overton-magazin.de> – <https://german-foreign-policy.com> (ältere Beiträge hinter Bezahlschranke)

Weitere Einzelanalysen

Auf der Homepage der Friedrich-Ebert-Stiftung findet sich eine umfassende Publikation, in der sich Wolfgang Richter, Oberst a.D., detailliert mit der Stationierung von neuen US-Mittelstreckenwaffen beschäftigt. <https://peace.fes.de/e/stationierung-von-us-mittelstreckenraketen-in-deutschland.html>

In einem Beitrag für die Nachdenkseiten beschäftigt sich General a.D. Harald Kujat mit der neuen Situation rund um den Krieg in der Ukraine: Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=123938>

Unter der Überschrift „Wann ist genug genug? hat Greenpeace eine Studie erstellen lassen, die einen ausführlichen Vergleich der militärischen Potenziale von Nato und Russland enthält. Quelle: <https://www.greenpeace.de/frieden/kraeftevergleich-nato-russland> Unter dem Titel „Verschwendet oder effektiv eingesetzt?“ hat Greenpeace in einer weiteren Studie Vergleiche zwischen den Militärausgaben Deutschlands, Frankreichs und im Vereinigten Königreich vorgenommen. Quelle: <https://www.greenpeace.de/frieden/streitkraefte-vergleich-bundeswehrkaputtgespart>